

Land soll Antidiskriminierungsstelle einrichten

Anlässlich des Christopher Street Days umfassende Gleichstellung gefordert

Anlässlich des Christopher Street Days in Erfurt hatte die LINKE die Thüringer Landesregierung aufgefordert, Diskriminierungen zu beseitigen und eine umfassende Gleichstellung von Lesben, Schwulen und gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern zu realisieren.

Im Rahmen eines Pressegesprächs verwies die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange, u.a. auf solche Punkte, wie die Einführung eines Ehegattensplittings für Lebenspartnerschaften sowie die Möglichkeit der gemeinsamen Adoption von Kindern – in beiden Bereichen könnte auch auf Landesebene gehandelt werden. Sie verlangte die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle des Landes Thüringen.

In der Thüringer Verfassung findet sich in Artikel 2 Absatz 3 von Beginn an ein Diskriminierungsverbot bezogen auf die „sexuelle Orientierung“. Damit geht sie über den Wortlaut des Grundgesetzes hinaus. Für Thüringen ergibt sich also eine besondere Verpflichtung, Diskriminierungen zu verhindern bzw. zu beseitigen. Das ist aber lange Zeit nicht passiert. Die frühere CDU-Landesregierung klagte sogar vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz.

Die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften im Thüringer Beamtenrecht erfolgte erst vor wenigen Monaten. Dem war die dringende Anfrage des Thüringer Verfassungsgerichtshofs im Rahmen

einer von der LINKE-Fraktion im Sommer 2009 eingereichten Normenkontrollklage an die Landesregierung vorausgegangen, ob sie in absehbarer Zeit plane, mit Gesetzentwürfen aktiv zu werden. Die Klage wurde mittlerweile für erledigt erklärt, weil die Landesregierung Gesetzentwürfe zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften im Beamtenrecht (z.B. bei der Beihilfe im Krankheitsfall) in den Landtag eingebracht hatte und diese auch mehrheitlich beschlossen wurden und mittlerweile in Kraft sind.

314 Lebenspartnerschaften

Der Verfassungsgerichtshof hat entschieden, dass die Fraktion DIE LINKE die Verfahrenskosten erstattet bekommt. Damit steht auch fest, dass das Gericht davon ausgeht, dass die Klage der LINKE-Fraktion ohne Erledigung und bei abschließender Entscheidung durch das Gericht Erfolg gehabt hätte.

Zur Situation hinsichtlich der Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Trans-Bi- und Intersexuellen sowie gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften in Thüringen hatte die gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion verschiedene Anfragen an die Landesregierung gestellt. In den Antworten räumte diese u.a. hinsichtlich der rechtlichen Gleichstellung ein, dass noch weitere Anpassungen außer dem Beamtenrecht notwendig sind. Zu kritisieren ist, dass die Landesregierung zugibt, dass es beim Ehegattensplitting

für Lebenspartnerschaften Möglichkeiten des einstweiligen Rechtsschutzes gibt, dass sie aber nicht – wie z.B. im Gegensatz dazu in Berlin – von Amts wegen von den Behörden angewandt wird. Wichtig in Sachen Steuerrecht die beiden laufenden Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

Die Antworten zur Gleichstellung im Familienrecht fallen schwach aus. Keine Positionierung zur Frage der Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe und zur Frage der gemeinsamen Adoption von Kindern. Dabei lassen internationale Abkommen den Staaten frei, auch solche Adoptionen zu ermöglichen. Ausgehend von der Thüringer Verfassung müsste sich die Landesregierung im Bundesrat für diese Ziele einsetzen.

Zwischen September 2002 und Dezember 2010 wurden in Thüringen in kommunalen Behörden (Kreise/kreisfreie Städte) 279 eingetragene Lebenspartnerschaften begründet. Nimmt man die voraus liegende Phase ab dem 1. August 2001 unter Zuständigkeit des Landesverwaltungsamtes hinzu, sind es 314. Statische Daten zu Adoptionen und Adoptionsversuchen in Thüringen gibt es keine. (siehe auch Anfrage „Gleichstellung im Alltag“, Antwort Drucksache 5/4526).

Weitere Anfragen/Antworten „Organisationen und Aktivitäten zur Gleichstellung“ (Antwort: Drucksache 5/4502) und „Rehabilitierung Verurteilter“ (Antwort Drucksache 5/5435).

<http://www.parldok.thueringen.de/parldok/> ■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Schurkenstaat

Artikel 107 des Grundgesetzes legt fest, „dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird“. Der Länderfinanzausgleich hat in seiner Zielrichtung also Verfassungsrang – das gilt es zu betonen, wenn man aktuelle Entwicklungen betrachtet. Das Volumen des seit 1950 existierenden Finanzausgleichs steigt vor allem seit 1995, als die ostdeutschen Bundesländer und Berlin integriert wurden.

Nun hat die Landesregierung von Bayern (CSU/FDP) beschlossen, gegen den Finanzausgleich Verfassungsklage einzureichen. Der Termin ist kein Zufall: 2013 wird in Bayern der Landtag gewählt, CSU-Generalsekretär Dobrindt hat bereits die Parole ausgegeben, man werde eine „Schlacht“ schlagen. Bayern war 1950 bis 1986 und 1992 Empfänger des Finanzausgleichs. Durch solidarische Zahlungen konnte es sich vom rückständigen Agrar- zum Industrieland entwickeln – inklusive einer Rüstungsbranche. Als die Bundesregierung 2011 Einsparungen bei Waffenprojekten ankündigte, jammerte Bayerns Wirtschaftsminister Zeil (FDP), man verliere „technologische Schlüsselkompetenzen“.

CSU und FDP sind egoistisch. Solidarität verweigert man nicht nur in Europa – Dobrindt hat gerade den Austritt Griechenlands aus der Eurozone gefordert –, sondern auch im Inland. Dass sich inzwischen CDU-Politiker aus Thüringen vor den blau-weißen Karren spannen lassen, stellt einen Barendienst dar, den sie Ostdeutschland erweisen. Ist der Begriff Schurkenstaat für Bayern angebracht? Nein.

Schurken sind aber diejenigen CSU-Politiker, die sich als Bonzen einer Staatspartei aufführen (ebenso ihre FDP-Mitläufer) und an der grundgesetzlichen Ordnung rütteln. Zur Erinnerung: der bayerische Landtag hatte auf Empfehlung der CSU-Staatsregierung 1949 dem Grundgesetz nicht zugestimmt. ■

Melderecht

„Dem einhelligen Votum des Thüringer Landtages für den Stopp des neuen Melderechts müssen nun Initiativen der Landesregierung im Bundesrat folgen“, so MdL Sabine Berninger, justizpolitische Sprecherin der Linksfraktion und Mitglied im Landesdatenschutzbeirat. Mit der Annahme eines Entschließungsantrags von allen Fraktionen haben sich die inhaltlichen Positionen eines LINKE-Antrags vollumfänglich durchgesetzt. Zum Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, wie es vom Bundesverfassungsgericht entwickelt wurde und auch in der Thüringer Verfassung verankert ist, seien strikte Zustimmungsregelungen unverzichtbar. Sie weist auf weitere Problempunkte im neuen Meldegesetz hin, wie z.B. den automatisierten Zugriff auf über 5000 Datenbanken mit Meldedaten. Enttäuscht zeigte sich die Abgeordnete darüber, dass die CDU/SPD-Koalitionsfraktionen den LINKE-Antrag zur Auswertung des aktuellen Thüringer Datenschutzberichts nicht in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung überweisen wollte. ■

LINKE Politik von innen

Falls Du wissen willst, ob und wie die Demokratie von innen funktioniert, vor hast, stärker Verantwortung zu übernehmen, Dich für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft einsetzen willst, dann bewirb Dich für ein Mentoring bei der Linksfraktion im Thüringer Landtag.

Wir bieten

die Gelegenheit, eine Politikerin/einen Politiker bei öffentlichen Terminen, politischen Veranstaltungen und in Gremien aktiv zu begleiten, Einblicke in politische Entscheidungsstrukturen und -abläufe, ein Rahmenprogramm, das u.a. Besuche von politischen Einrichtungen, Veranstaltungen sowie die Vorstellung von Arbeitsfeldern in der Politik vorsieht.

Die Teilnahme am Mentoring wird als Praktikum behandelt und ist mit einer Aufwandsentschädigung von 250 Euro verbunden.

Das Mentoring-Programm läuft vom 03.09. bis zum 02.10.2012.

Bewerbungen bitte bis zum 28. Juli 2012 an:

Fraktion DIE LINKE
im Thüringer Landtag
Geschäftsstelle
Jürgen-Fuchs-Strasse 1
99096 Erfurt
- Kennwort Mentoring

Bewerbungen per Mail bitte an Stefan Kachel kachel@die-linke-thl.de. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: gloekner@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuwählenden Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.